

D-1

Titel	Sozialdemokratie und Sicherheitspolitik? Na klar geht das!
Antragsteller*innen	Jusos Oberfranken
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag

Sozialdemokratie und Sicherheitspolitik? Na klar geht das!

1 *Sicherheitspolitik ist immer auch linke Politik. Sicherheitspolitik beginnt nicht erst bei Vereitelung und Bestrafung*
2 *von Straftaten, sie beginnt bei der präventiven Bekämpfung von strukturellen und sozialen Ungleichheiten, deren*
3 *Symptome kriminelles Handeln ist. Dies umfasst Handlungsfelder im internationalen Kontext, um Terror, Krieg und*
4 *Flucht zu verhindern, aber auch das Handeln des Staates in Inneren. Bourdieu prägte den Begriff der linken Hand des*
5 *Staates, die sich um die Interessen der Schwachen und um soziale Umverteilung bemüht, während die rechte Hand*
6 *die Repression symbolisiert.*

7 Nicht selten wird die rechte Hand des Staates als Instrument der Unterdrückung und der Durchsetzung der In-
8 teressen der Starken gegen die Schwachen gesehen und ihre Stärkung als Angriff auf die Schwachen bewertet.
9 Wir als Sozialdemokrat*innen und Sozialist*innen verfolgen die Utopie einer Welt, die ohne Angst und ohne
10 Gewalt auskommt; einer Welt, in der alle ein besseres Leben haben.

11 Die Diskussion über die Arbeitsweise der rechten Hand dürfen wir trotzdem nicht den rechten Kräften über-
12 lassen. Die SPD hat große Probleme im Umgang mit dieser Diskussion, die sich in widersprüchlichem Handeln
13 manifestieren. Wir verurteilen die in trauriger Regelmäßigkeit vorgebrachten repressiven und reaktionären
14 Forderungen von AfD und CSU auf Kriminalität und Terror. Die Sozialdemokratie darf diesen populistischen
15 Forderungen nicht auf den Leim gehen und sie sich zu eigen machen. Es ist unsere erklärte Aufgabe, diesen
16 Vorstößen entgegenzutreten und in der Diskussion um das neue Bayerische Polizeiaufgabengesetz und der
17 Ausweitung von Videoüberwachung die Bürgerrechte zu verteidigen. Diese Rolle des Verteidigers darf aber
18 nicht unsere einzige Reaktion bleiben.

19 Es ist unser erklärtes Ziel, diesen Diskurs zu führen und klar zu formulieren, wie sozialdemokratische Sicher-
20 heitspolitik im 21. Jahrhundert aussehen kann. Es bedarf eines ganzheitlichen Ansatzes, der Polizeigewalt und
21 die Schaffung eines Überwachungsstaates ablehnt, ohne den Diskurs über innere Sicherheit den rechten Par-
22 teien zu überlassen.

23

24 **Stigmatisierung von Arbeitssuchenden beenden**

25 Einer der größten Erfolge neoliberaler Politik ist die Stigmatisierung von Arbeitssuchenden. Der Grundlegende
26 Wille von Menschen, sich in unsere Gesellschaft einzubringen, wurde in Frage gestellt – jede Arbeitslosigkeit
27 wurde als selbstverschuldet dargestellt. Diese Stigmatisierung dürfen wir nicht akzeptieren! Die Willkür in den
28 Jobcentern / Agenturen für Arbeit muss beendet werden. Sanktionen beim Arbeitslosengeld müssen ersatz-
29 los abgeschafft werden. Arbeitslose mit Kindern müssen für ihre Kinder eine deutlich höhere Unterstützung
30 erhalten. Ebenso fordern wir ein Mindesteinkommen für Arbeitssuchende, das ein Armutsrisiko ausschließt.
31 Nur wer Teil des gesellschaftlichen Lebens bleiben kann, trägt auch die Motivation und die Kraft in sich, eine
32 neue Stelle zu finden.

33 Gerade hier müssen die Agenturen für Arbeit in Unterstützung- und Weiterbildungszentren umgewandelt wer-
34 den. Der kapitalistische Gedanke der Arbeitsvermittler*Innen, die Arbeitssuchende als ihre Kunden behandeln,

35 muss ein Ende finden. Wir brauchen gezielte und menschenwürdige Förderung statt Angstmache und Bestrafung.
36

37 Es ist nicht zuletzt eine Frage der Freiheit, angstlos seinen momentanen Job aufgeben zu können – ohne
38 Zwang zu fachfremder oder schlecht bezahlter Arbeit. Das gilt vor allem auch für unter 25-jährige und ältere
39 Menschen, die besonders strenge Repressionen beim Arbeitslosengeld zu fürchten haben.

40

41 **Spekulant*Innen vom Wohnungsmarkt vertreiben**

42 Wohnen ist Grundrecht. Obwohl von der neoliberalen Erzählung zum bloßen Eigentum und Spekulationsobjekt
43 degradiert, ist die Wohnung ein Grundbedürfnis für das Dasein eines jeden Menschen. Dieses Narrativ
44 wollen wir gegen den Widerstand der konservativen politischen Kräfte durchsetzen, da jeder Mensch, unab-
45 hängig von sozialer und geografischer Herkunft, unabhängig von Beruf und gesellschaftlicher Anerkennung
46 das Recht auf eine Wohnung hat.

47 Egal ob in Großstädten oder auf dem Land – die Wohnungssuche ist vor allem für Geringverdiener*Innen und
48 Familien mit mehr als drei Personen nahezu unmöglich. Damit wird Wohnen immer mehr zu einem Privileg
49 der Reichen und derer, die Grundbesitz in der Familie haben. Längst haben rechtsextreme und rassistische
50 Kräfte diesen Missstand erkannt und instrumentalisieren dieses Problem für ihre Zwecke: Arbeitssuchende,
51 Geflüchtete, Alleinerziehende, junge und alte Leute werden gegeneinander ausgespielt. Ein sicheres Land heißt
52 für uns, dass niemand Angst vor der Wohnungssuche haben darf und Fremdenfeindlichkeit keine Chance in
53 unserer Gesellschaft hat.

54 Wir fordern daher staatliches Eingreifen, um das Ansteigen der Mieten zu verhindern und um bezahlbaren
55 Wohnraum zu schaffen.

56

57 **Privatisierung von Sozialversicherungssystemen und Infrastruktur stoppen**

58 Die Wahrscheinlichkeit, im Alter arm zu werden, steigt weiter an. Die Möglichkeit, dass immer mehr Teile der
59 öffentlichen Daseinsvorsorge privatisiert und damit für einige Menschen unbezahlbar wird, entsteht. Das neo-
60 liberale Ideal der Privatisierung zum Wohle aller hat sich als Lüge im Interesse der Profite Weniger herausge-
61 stellt.

62 Am eklatantesten ist wohl die Privatisierung der Altersvorsorge. Die staatliche Subventionierung profitori-
63 entierter Versicherungskonzerne, wie beispielsweise in Form der Riester-Rente, muss ein Ende haben. Wir
64 fordern daher die Rückkehr zu einer solidarischen, staatlich organisierten Altersvorsorge, in die langfristig
65 auch Selbstständige und Beamt*Innen einzahlen. Zusätzlich muss eine Mindestrente in Höhe von mindestens
66 1.050,- € netto plus jährlichen Inflationsausgleich gewährleistet werden, damit Altersarmut ein für alle Mal
67 beseitigt wird. Jeder Mensch verdient die Sicherheit, im Alter in Würde leben zu können!

68 Auch die klassischen kommunalen Versorgungsdienstleistungen, Energie- und Wasserversorgung müssen wie-
69 der verstärkt in öffentliche oder genossenschaftliche Hand gelangen. Die Grundversorgung aller Menschen
70 darf nicht von einem wankenden Markt abhängig gemacht werden, sondern muss lokal und im Interesse aller
71 Konsument*Innen gewährleistet werden.

72 Wir stellen uns außerdem gegen die in der letzten großen Koalition angestrebten Privatisierungen in der
73 Infrastruktur. Wir brauchen ein umfangreiches Investitionsprogramm in Infrastruktur, in der vor allem der
74 Breitband- und Schienenverkehr gefördert wird und weniger der Individualverkehr. Auch müssen Straßen und
75 Autobahnen in staatlicher Hand bleiben, damit Privatkonzerne Straßen nicht zu Rendite machen können. Wir
76 brauchen die Sicherheit, dass auch die Generationen nach uns Straßen bauen, sanieren und befahren können,
77 ohne horrenden Kosten auf sich nehmen zu müssen.

78

79 **Unser Kommentar zur konservativen „Sicherheitspolitik“**

80 2017 endete mit dem für viele scheinbar überraschenden Ereignis, dass menschenfeindliche Einstellungen in
81 Deutschland noch immer Mehrheiten finden können und sogar Parteien davon so sehr profitieren können,
82 sodass die AfD nun die drittstärkste Fraktion im Bundestag stellt. Uns überraschte dies nicht, im Gegenteil,

83 die „Mitte in der Krise“, sowie „Deutsche Zustände“- Studien der letzten Jahre belegten ein autoritäres und
84 menschenverachtendes Potential in der deutschen Mehrheitsgesellschaft schon deutlich länger, als es die AfD
85 gibt. Allein vor dem Hintergrund dieser Studien muss sich niemand mehr Illusionen darübermachen, dass die
86 Personen, die die AfD wählen nur „missverstanden“ und „abgehängt“ sind oder das lediglich aus dem Grund
87 maximaler Provokation tun.

88 Selbstverständlich ist für uns als Sozialist*Innen die Tatsache, dass diese menschenverachtende Einstellung
89 und autoritäre Tendenz schon lange vorhanden ist, kein ausschließlich ausreichender Erklärungsansatz. Die
90 soziale und ökonomische Realität der Menschen sollte, wenn es darum geht, wie Ideologien und entstehen,
91 selbstverständlich nicht ignoriert werden – aber, dass Menschen ausschließlich aufgrund ihrer ökonomisch
92 schwierigen Lage dazu determiniert sind, rechte Parteien zu wählen oder rechten Ideologien anzuhängen, ist
93 schlichtweg falsch. Der Grund für eine erfolgreiche AfD ist Deutschland und seine Bevölkerung, sind deutsche
94 Zustände. Genau diese Zustände aber führen nicht nur zu einer erfolgreichen AfD. Die AfD benötigte es nicht,
95 um das Asylrecht zu verschärfen und repressive Funktionen des Staates auszuüben. Die AfD benötigte es nicht,
96 in menschenverachtenden Asylpaketen die Grundrechte von Geflüchteten massiv zu beschneiden, das haben
97 Sozialdemokrat*Innen und vermeintlich konservative Politiker*Innen auch alleine geschafft.

98 Eben diese Zustände also sind auch das Ziel unserer Forderungen und unseres Kampfes, den wir auf verschie-
99 dene Art und Weise führen.

100

101 **Wir lehnen den Extremismus-Begriff ab**

102 Wir sind als antifaschistischer Richtungsverband der Überzeugung, dass es eine entschlossene und kämpferi-
103 sche Praxis braucht, die nur auf einer klaren Analyse der bestehenden Verhältnisse resultiert.

104 Die pragmatische und unideologische demokratischen Mitte betrachten wir als einen bürgerlichen Mythos.
105 Die Konsequenz daraus, dass die Probleme mit auftauchenden „Extremen“ außerhalb dieser Mitte beginnen,
106 ist viel mehr als lediglich ein Irrtum, der aus einer fehlerhaften Analyse heraus entsteht.

107 Diese Analyse gibt all jenen, die sich auf eben diese vermeintliche Mitte berufen, einen Freifahrtschein zu ras-
108 sistischer Hetze. Wir wissen, dass Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Nationalismus sowie Homopho-
109 bie keine Probleme vermeintlicher „Extreme“ sind, sondern quer durch die politische Landschaft, wie einige
110 Äußerungen gewisser Teile der Linkspartei und das sozialdemokratische Regierungshandeln selbst beweisen,
111 auch ein Problem der politischen Linken ist.

112 Und wenn wir über eben jene rassistische, menschenverachtende Hetze reden, brauchen wir keine Gegenfra-
113 ge, was eigentlich mit anderen „Extremen“ sei. Es gibt Themen, die menschenverachtend sind, es gibt Aussa-
114 gen, die zutiefst rassistisch, antisemitisch, sexistisch sind, aber die machen vor keiner politischen „Richtung“
115 oder keiner politischen „Extreme“ halt. Sie sind in der vermeintlichen Mitte der Gesellschaft und müssen dort
116 bekämpft werden.

117 **Sicherheit muss es auch für Asylbewerber*Innen geben**

118 Die aktuellen Zustände für Asylsuchende sind nicht ertragbar. Sie sind nicht nur durch den Erfolg der AfD
119 nicht ertragbar, sie sind auch deswegen nicht ertragbar, weil menschenverachtende Ideologien nicht nur sag-
120 bar, sondern -in den vergangenen Jahren auch machbar wurden. Wir erlebten durch verschiedene, von der
121 Bundesregierung und somit auch von der SPD durchgedrückte Asylpakete regelmäßige Eingriffe in die Freihei-
122 ten von Geflüchteten. Auch deswegen konnten sich diejenigen, die durch Brandanschläge auf Unterkünfte für
123 Geflüchtete versuchten, Menschen zu ermorden gewiss darin sein, einen politischen Auftrag zu erfüllen. Der
124 Angriff muss also all jenen Strukturen gelten, die dies ermöglichen. Das heißt für uns zunächst praktische So-
125 lidarität. Wir sind solidarisch mit all jenen, die von verschiedenen rassistischen Gesetzesverschärfungen der
126 letzten Jahre betroffen waren. Solidarität heißt, politische Arbeit auf der Straße und in Bündnissen, von der
127 Demo bis zur durch aktiven Widerstand erfolgreich verhinderten Abschiebung.

128

129 Es heißt aber gemäß der Doppelstrategie unseres sozialistischen Richtungsverbands politische Arbeit in den
130 Parteien. Wir müssen endlich wieder zurück zu einem Asylrecht vor dem Asylkompromiss mit einem men-
131 schenwürdigen Anrecht auf Asyl!

132 Hierfür können die folgenden Maßnahmen eine Basis sein, die es weiterzuentwickeln gilt:

- 133 • Das System der sogenannten „Zentralen Aufnahmeeinrichtungen“ in Bayern, wie wir sie beispielswei-
134 se in Bamberg vorfinden abschaffen. Die rassistische Politik der CSU-Landesregierung muss beendet
135 werden!
- 136 • Ablehnung des Dublin 4-Abkommens sowie aller bisheriger Dublin-Abkommen und stattdessen eine
137 gesamteuropäische Lösung, die die Last von den südeuropäischen Staaten nimmt und die Geflüchtete
138 nicht kriminalisiert und stigmatisiert. Kein Mensch ist illegal!
- 139 • Abschaffung der sicheren Herkunftsstaatenregelung. Menschen ohne Anhörung kategorisch auf Grund
140 ihrer Herkunft deutlich schlechtere Chancen im Asylverfahren einzuräumen ist darf für eine sozialde-
141 mokratische Partei nicht tragbar sein!
- 142 • Abschaffung des momentanen separaten Asylbewerberleistungsgesetzes. Sonderregelungen bei So-
143 zialleistungen für Geflüchtete sollte ihre besondere Situation aufgreifen. Es sollte nicht eine gezielte
144 Benachteiligung schaffen, wie es momentan der Fall ist.
- 145 • Keine Obergrenze bei der Aufnahme von Asylsuchenden, denn es gibt kein Maximum an Grundrechten.

146

147 **Neuaufstellung der Sicherheitsbehörden**

148 Die letzten Jahre zeigen aber nicht nur eine rassistische Eskalation der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Im Zeitraum
149 der jüngsten großen Koalition kam es auch zu verschiedenen Vorfällen autoritärer Übergriffe durch Staatsor-
150 gane und zu einem massiven Ausbau repressiver Möglichkeiten. Die zu oft vorkommenden Übergriffe durch
151 Polizist*Innen im Zusammenhang mit beispielsweise Demonstrationen, bei denen eine wirkliche Aufarbei-
152 tung meist aufgrund internen Strukturen verhindert wird, belegen dies. Auch ist die Polizei nicht gefeit davor,
153 von menschenverachtenden Ideologien geprägt zu sein. Racial Profiling, Begriffe wie „Soko Bospurus“ oder
154 auch der Fall Oury Jalloh belegen das. Aus diesem Grund braucht es endlich eine wirkliche Kontrolle der Po-
155 lizei durch verschiedene Akteur*Innen, innerhalb staatlicher Institutionen. Unser Ziel ist es, dass friedliche
156 Demonstrant*Innen antifaschistische Initiativen und Journalist*Innen die Sicherheit haben, von den Sicher-
157 heitsbehörden effektiv geschützt zu werden – und nicht Angriffe befürchten müssen.

158 Im Zusammenhang mit dem NSU, aber auch durch viele andere Beispiele sehen wir nicht nur das Versagen
159 von Polizei, sondern auch das Versagen des Verfassungsschutzes. Das Scheitern des Verfassungsschutzes liegt
160 in seinen historischen und ideologischen Wurzeln. Die Extremismus-Theorie versagt als theoretisches Analys-
161 einstrument, aber auch die geheimdienstliche Praxis ist nicht ausreichend für eine verlässliche und sichere
162 Behörde. Eine Institution, die auf Grundlage eines politischen Kalküls ein solches Instrument nutzt ist nicht
163 nur ineffizient, sie ist sogar gefährlich, wie das Versagen im Falle des NSU, das seine Gründe auch hierin hat,
164 beweist. Die Gefahr, die durch Inlandsgeheimdienste in ihrer realen Arbeit ausging und ausgeht zeigt auch
165 der Versuch einer politischen Aufarbeitung des gesamten NSU-Komplexes. Akten, die der demokratisch legi-
166 timierten Kontrollinstanz hätten zukommen sollen, wurden vernichtet oder erst nach langen Verzögerungen
167 zur Verfügung gestellt. Selbst von den höchsten Stellen wurden entweder Aussagen verweigert oder die Aus-
168 schüsse wurden mit teilweise absurden Geschichten belogen. Alles in allem lässt sich festhalten, dass der
169 Auftrag eine Verfassung zu schützen, durch die meisten Initiativen aus der Zivilgesellschaft oder wissenschaft-
170 liche Institutionen besser in den letzten Jahren stattgefunden hat, als es durch den Verfassungsschutz getan
171 wurde.

172 Eine Neuaufstellung heißt jedoch nicht, dass polizeiliche Befugnisse erweitert werden müssen. Den derzeit vor-
173 liegenden Gesetzesentwurf zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) lehnen wir entschieden ab. Ein
174 Einsatz von Gesichtserkennungssoftware auf jeder Demo, ein Auslesen, Speichern und sogar eine Änderung
175 von Daten aufgrund einer drohenden Gefahr, verdeckte Ermittlungen in Privaträumen, die Anwerbung von
176 V-Leuten und eine mögliche Unendlichkeitshaft, die es ermöglicht, drei Monate ohne richterliche Kontrolle
177 im Gefängnis zu sitzen mit Verlängerungsmöglichkeiten – diese Entwicklung in der bayerischen Sicherheits-
178 politik lässt einen erschauern. Ein veränderter Gefahrenbegriff und geheimdienstliche Befugnisse schaffen
179 sicherlich kein mehr an Sicherheit, sie sind Augenwischerei, gerade im Hinblick auf die wirklichen Probleme in
180 diesem Bereich. Gerade auch durch die Schaffung einer sogenannten Grenzpolizei fehlen den Polizeiinspektio-
181 nen Menschen vor Ort, die das Tagesgeschäft bewältigen können. Schon jetzt weicht die Soll- von der Ist-Stärke

182 eklatant ab. Ein Rückgang der Kriminalität ist sicherlich nicht durch ein Mehr an Repression zu bewerkstelligen,
183 sondern durch ein Mehr an Prävention.

184

185 Aus der hier beschriebenen Analyse leiten wir folgende politische Maßnahmen ab:

- 186 • Kennzeichnungspflicht für Polizist*Innen, die es ermöglicht, bei Straftaten im Amt die richtigen Täter*In-
187 nen zu ermitteln oder Zeugen ausfindig zu machen
- 188 • Die Abschaffung des Verfassungsschutzes
- 189 • Eine Parlamentarische Kontrollkommission für die bayerische Polizei, ähnlich wie es beim Inlandsge-
190 heimdienst der Fall ist.
- 191 • Interne Ermittlungen bei der Polizei müssen endlich durch unabhängige Stellen und nicht durch Kol-
192 leg*Innen durchgeführt werden. Der hohe soziale Druck innerhalb von Polizeieinheiten verhindert oft
193 eine Aufklärung von im Dienst begangenen Straftaten.
- 194 • Abschaffung des USKs, es handelt sich um eine ausschließlich in Bayern vorkommende Polizeieinheit
195 mit rechtstaatlichen Mindestansprüchen nicht ausreichenden Sonderrechten.
- 196 • Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung! Die anlasslose Speicherung Millionen von Daten verschie-
197 dener Menschen ist nicht einmal mit liberalen Mindest-Standards einer bürgerlichen Demokratie zu
198 vereinen, zudem können die Befürworter*Innen bis heute keinen vollständigen Beleg für ein höheres
199 Maß an Sicherheit durch die VDS vorbringen

200 Zusammengefasst fordern wir die Sicherheit, dass wir und auch die Generation nach uns ein würdevolles Le-
201 ben führen können. Wir möchten nicht weniger als eine sichere Kranken- und Rentenversicherung, die Sicher-
202 heit, auch in der Arbeitslosigkeit von der Gesellschaft unterstützt und gefördert zu werden. Wir verlangen die
203 Sicherheit, auch in Zukunft noch eine schöne Wohnung finden zu können, ohne Unsummen an Geld auf den
204 Tisch legen zu müssen. Wir bestehen auf die Sicherheit, auch ohne Geld lernen und sich fortbilden zu dürfen.
205 Wir möchten die Sicherheit vor privaten Konzern- und Profitinteressen, wir möchten in Sicherheit vor einem
206 grenzenlosen und menschenverachtenden Kapitalismus leben. Wir möchten, dass Sicherheit nicht Deutsch,
207 sondern solidarisch ist. Wir verlangen Solidarität mit Geflüchtete, mit Menschen aller Religionen, jeder Her-
208 kunft – mit allen Menschen ungeachtet ihres Status, ihrer Herkunft oder ihrer Identität. Mit diesem Antrag
209 schlagen wir vor, dass die SPD endlich auch für eine gute Sicherheitspolitik bekannt wird – für eine alternative,
210 menschliche Sicherheitspolitik, die sich gegen eine autoritäre und nationalistische Politik stellt. Nur das kann
211 unsere SPD sein.